

1) Reise von Botschafter J. Staehelin nach Zentralasien, 24.8.-3.9.1992

Die aus dem EDA (Botschafter J. Staehelin, U. Bucher, A. Motyl, W. Thurnherr) und dem BAWI (Minister R. Ramsauer) zusammengesetzte Delegation traf in Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan mit Vertretern des Aussen-, Wirtschafts- sowie des Finanzministeriums zusammen und führte darüber hinaus Gespräche mit den in diesen Staaten residierenden Vertretern verschiedener Botschaften.

Der Besuch galt einerseits dem Ausbau der direkten Kontakte mit den betroffenen Regierungen, um sich ein besseres Bild der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschaffen, und andererseits der Beschaffung weiterer Informationen, welche beim Entscheid, inwieweit die Schweiz die betroffenen Staaten allenfalls unterstützen sollte, dienlich sein könnten.

Die angesprochenen fünf Republiken haben in mancher Hinsicht ähnliche Probleme, deren Ursachen hauptsächlich mit den wirtschaftlichen und politischen Folgen des Zerfalls der Sowjetunion, den durch Planwirtschaft und Monokultur geprägten Verhältnissen vergangener Jahre, den oekologischen Belastungen und den ethnisch gemischten Gebieten verbunden sind. Darüber hinaus müssen in allen Staaten neue Entscheidungsmechanismen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene gefunden, Verwaltungen allenfalls neu besetzt und die schliesslich gefällten Entscheide durchgesetzt werden.

Kaum erstaunlich sind deshalb die auf die Person des Präsidenten ausgerichteten Regierungsstrukturen, welche in den meisten Staaten mit einem autoritären Führungsstil verbunden sind. Die oppositionellen Bewegungen und Parteien verfügen ausser in Kirgisien nur über beschränkte Mittel, um ihre politischen Ziele zu erreichen. In Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan ist die Bildung einer Partei, deren Ziele zu Nationalitätenkonflikte führen könnte, verboten, in Usbekistan und Kasachstan sind die zugelassenen Parteien verpflichtet, die Namen ihrer Mitglieder beim Innenministerium anzugeben und in Turkmenistan, das ausser der ehemaligen KP bisher keine Parteien zugelassen hat, ist selbst die Gründung einer Partei verboten, deren politische Ziele bis zur Absicht gehen, die Verfassung zu ändern. Einen insgesamt positiven Eindruck über den Stand und die Richtung der politischen Reformen erhielt die Delegation einzig in Kirgisien.

Das Schwergewicht auf die wirtschaftlichen Reformen legen die Staaten Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan. Die Aufgaben des Parlaments beschränken sich gemäss Angaben der Gesprächspartner darauf, die Politik des Präsidenten zu unterstützen. Zudem versuchen sie, die Verwirklichung der wirtschaftlichen Reformen mit der Erhaltung des ohnehin tiefen Lebensstandards zu verbinden. Insbesondere seit den Demonstrationen und Streiks, welche die Preisliberalisierung zu Beginn dieses Jahres in Usbekistan und Kasachstan nach sich zog, wählen die drei Regierungen einen vorsichtigen und im Vergleich zu Moskau konservativen Kurs. Sie hoffen, dass mit der Förderung und dem Export eigener Rohstoffe (Gold, Silber, Erdöl, Erdgas, Uran, seltene Erden etc.) Deviseneinnahmen geschaffen werden können, die den Lebensstandard sichern und längerfristig heben würden.

Die gegenwärtigen Prioritäten in Tadschikistan dürften vor allem in der Stabilisierung der innenpolitischen Situation bestehen. Obwohl - ähnlich wie in Georgien - abzuwarten bleibt, welche Politik sich schliesslich durchsetzen wird, bestehen in Tadschikistan Chancen für



eine Entwicklung in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Die der Opposition zuzurechnenden Gesprächspartner hinterliessen den Eindruck differenzierter und reformorientierter Politiker, welche von der Notwendigkeit freier Wahlen (Parlamentswahlen sind für den Dezember dieses Jahres vorgesehen) überzeugt scheinen.

Grundsätzlich bemühen sich alle fünf Staaten um ausländische Kredite, Investitionen und technische Zusammenarbeit. In Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan zeigten sich die Gesprächspartner an der Ausarbeitung eines ISA interessiert. In allen Staaten wurde die Delegation auf die Zusammenarbeit mit Schweizer Banken angesprochen, und in den meisten Fällen wies man dabei auf die günstigen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen und auf die Rohstoffvorkommen hin, welche als Risikogarantie dienen würden.

In Kasachstan und Kirgisien würden die zuständigen Ministerien gerne von der Möglichkeit Gebrauch machen, den einmal ausgearbeiteten Verfassungsentwurf schweizerischen Experten zur Begutachtung vorzulegen, und in Kirgisien äusserte man den Wunsch, angehende Diplomaten im Ausland auszubilden.

Ein wichtiges Hilfsbedürfnis besteht angesichts der Unwetter- und Erdbebenschäden offenbar in Kirgisien und Tadschikistan. Seit den Erdrutschen und Ueberschwemmungen im Mai dieses Jahres und durch das kürzliche Erdbeben südwestlich von Bischkek seien allein in Kirgisien über 17'000 Häuser zerstört worden.

Darüber hinaus bestehen in allen Republiken beträchtliche oekologische Probleme, die hauptsächlich in Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan schwerwiegende medizinische Probleme aufwerfen (Gewässerverschmutzung, Aralsee, Semipalatinsk etc.).